



Offener Brief des kollektiven Zentrums vom 04.08.15

Sehr geehrte Fr. Von Enckevort (SPD), sehr geehrter Hr. Farid Müller (Grüne), sehr geehrter Hr. Steffen Leipzig (Die Linke),

für uns sind Sie die hauptverantwortlichen Entscheidungsträger ihrer Fraktionen, die am 09.06.2015 an dem Gespräch im Fachamt SL (Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung) teilgenommen haben, in dem die Zwischennutzung in der ehemaligen Kita in der Norderstraße 65 verhandelt wurde. Daneben waren noch Vertreter_innen des KuNaGe, koZe, Fachamt SL, der HBK, des LIG und der CDU anwesend.

Als vertrauensbildende Maßnahme haben wir gemeinsam beschlossen, dass wir dem LIG und der HBK eine Begehung gestatten. Im Anschluss daran sollte ein weiteres Gespräch mit allen Akteur_innen stattfinden um einen Zwischennutzungsvertrag für die ehemalige Kita zu verhandeln, der die folgenden Rahmenbedingungen umfasst:

Wie ursprünglich vorgesehen wird koZe e.V. Mieter anstelle der KuNaGe e. V.

1. Weiterhin symbolischer Mietpreis
2. Verhandlung um das ganze Gebäude
3. Ergebnis des Gesprächs war es, dass alle aufeinander zugehen. Begehung und neues Verhandlungsgespräch.

Die Begehung hat wie gewünscht stattgefunden. Hierzu die Antwort des Senats (Drucksache 21/771): „Am 15. Juni 2015 hat eine Begehung unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern des LIG und der Investoren sowie mehrerer Sachverständiger stattgefunden, bei der Zugang zu allen Räumen gewährt wurde und alle erforderlichen Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf die Feststellung der aktuellen gebäudetechnischen Situation und die Untersuchung der Gebäudesubstanz wie geplant durchgeführt wurden.“

Auf eine Einladung zu einem Gespräch, um wie vereinbart mit allen Akteuren die Zwischennutzung neu zu verhandeln warten wir bis heute leider vergeblich. Vielmehr ist es so, dass wir indirekt über die Medien oder die KuNaGe e.V. erfahren müssen, dass der LIG uns nicht als Gesprächspartner betrachtet und uns eine Existenzberechtigung abspricht (Daniel Stricker, Sprecher der Finanzbehörde in der taz vom 31.07.15). Auch telefonische Anfragen unserer Vereinsvorsitzenden sind nicht möglich, weil Vertreter des LIG die Gespräche abbrechen und auflegen.

Während wir weiterhin gesprächsbereit sind, setzt der LIG auf Konfrontation. Das Niveau der Aussagen von Herrn Stricker lassen wir hier bewusst unkommentiert.

Wir haben bei dem Gespräch im Fachamt SL auch offen gesagt, dass wir den ganzen Schulhof benutzen. Wir waren uns auch einig darüber, dass es völlig absurd wäre, wenn wir das nicht tun würden. Schließlich war der ganze Hof frei zugänglich. Es war also auch der LIG bekannt, dass wir den gesamten Schulhof benutzen.



Der gewaltsame, zwischen LIG und Polizei abgesprochene Einsatz am Montag führt nun alle politischen Verhandlungen im Vorfeld ab absurdum. Warum werden wir zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen, wenn lediglich wir uns an die Vereinbarungen halten und der LIG unabhängig von den politischen Gremien, entgegen den Vereinbarungen handelt?

Da der momentane Zustand für viele Nutzer_innen des Hauses unerträglich ist und es tagtäglich zu Provokationen seitens der Polizei kommt, können wir dem Normalbetrieb nur noch schwer nachkommen. Gerne würden wir wieder unserer eigentlichen Arbeit nachkommen und das Haus so nutzen, wie wir es die Monate zuvor getan haben. Wir fordern einen sofortigen Abzug der Polizei von unserem Hof und die Rückgabe unseres Hoftores. Dies sollte in Anbetracht unseres offensichtlich deeskalierenden Verhaltens in den letzten acht Tagen, keine große Forderung darstellen.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich zu dem Sachverhalt äußern und verhalten. Wir verlangen, dass das Gespräch über eine Zwischennutzung der gesamten ehemaligen Kita, wie am 09.06.15 vereinbart, mit allen beteiligten Akteuren stattfindet (Fachamt SL, HBK, LIG, Politik, KuNaGe e.V. und koZe e.V.).

Statt uns zu einem Gespräch einzuladen, sind seit letzter Woche Montag trotz gültigen Mietvertrags wieder Warmwasser und Heizung abgestellt und die KuNaGe e.V. erhält Androhungen einer Kündigung vom LIG; eine Einladung von koZe e.V. zum Gespräch über das Mietverhältnis ist nicht vorgesehen (siehe Brief im Anhang). Viele nützliche Dinge von uns befinden sich auf der anderen Seite des Bauzaunes. Eine Übergabe dieses Eigentums wurde bisher von Polizei und LIG verweigert. Wir erwarten von Ihnen, dass sie dafür sorgen, dass wir unser Eigentum zurückerhalten.

Der öffentliche Diskurs wird derzeit von den Verwaltungseinheiten LIG, Verfassungsschutz und der Polizei bestimmt. Einflüsse der Politik sucht mensch vergeblich. Wir erwarten, dass Sie endlich politisch tätig werden und mit uns gemeinsam versuchen diesen Konflikt zu lösen und dies nicht den Hardlinern aus den Verwaltungseinheiten überlassen, die ständig Ihre Kompetenzen überschreiten und Politik machen. Das ist Ihre Aufgabe!

Nach unseren Informationen haben bisher keine Asbestarbeiten in den umliegenden Schulgebäuden stattgefunden. Vielmehr wurde die Zeit genutzt die Gebäude unbewohnbar zu machen. Damit hat der LIG Tatsachen geschaffen, die es unmöglich machen zukünftig Flüchtlinge in den Gebäuden unterzubringen, wie wir es gefordert haben. Somit hat der LIG auch hier in den politischen Diskurs eingegriffen. Leider ist im Vorfeld niemand aus der Politik auf die Idee gekommen dort Flüchtlinge unterzubringen.

Kommen Sie endlich aus Ihrer Deckung, zeigen Sie Gesicht, machen Sie Politik und verhindern Sie, dass die Spirale der Eskalation weiter steigt. Kommen Sie schlichtweg Ihrer Aufgabe nach.

Mit freundlichen Grüßen

koZe e. V.